

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: 8 66 848 ppbn
Telefax: (02 28) 9 15 20-12

Inhalt

Dr. R. Werner Schuster MdB zieht eine Bilanz der deutschen Entwicklungspolitik: Das selbstgesteckte Ziel verfehlt.

Seite 1

Siegrun Klemmer MdB kommentiert die Verklappung russischen Atom Mülls im Japanischen Meer: Ein weiterer Beleg für das Desaster der Nuklearwirtschaft.

Seite 4

Dr. Klaus Kübler MdB verurteilt den Militärputsch in Burundi: Demokratisierungsprozeß mit Terror abgewürgt.

Seite 5

48. Jahrgang / 203

22. Oktober 1993

Die deutsche Entwicklungspolitik verfehlt das selbstgesteckte Ziel

Wir müssen uns der Diskrepanz von Anspruch und Wirklichkeit stellen

Von Dr. R. Werner Schuster MdB
Mitglied des Bundestags-Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Das ist schon faszinierend: Da brüsten sich die Entwicklungs-„Hilfer“-Minister jeglicher Couleur seit Jahrzehnten, wie vorbildhaft Deutschland sich doch in der Entwicklungshilfe engagiere und auf der anderen Seite lassen sie durch ihre MitarbeiterInnen ungerührt in BMZ-Papieren konstatieren, daß es den meisten Entwicklungsländern trotz (oder wegen ?) dieser Hilfe am Anfang der neunziger Jahre deutlich schlechter geht, als zu Beginn der siebziger Jahre. Wem ist dieser Widerspruch öffentlich aufgefallen? Erst 1991 hat man einen scheinbar so plausiblen Erklärungsversuch nachgeschoben: Es sind die internen Rahmenbedingungen der Entwicklungsländer, welche bislang den Erfolg verhindert haben. So werden die Mobutus, Arab Mols, Bandas und wie sie alle heißen - richtigerweise - als Kronzeugen für eine Konditionierung der Entwicklungshilfe verwendet und es wird so getan, - einäugig und unrichtigerweise - daß sich damit das Problem der Chancenungleichheit von Nord und Süd quasi automatisch löse.

Und noch weitere Widersprüche sind offenkundig. Wenn man, so wie ich, neues Mitglied des Deutschen Bundestages und damit auch des zuständigen Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit wird, - geprägt durch eigene langjährige Erfahrung in einer Nord-Süd-Partnerschaft - ist man voller Vorurteile gegenüber dem Wirken von AWZ, BMZ und natürlich gegenüber den „Großverbrauchern“ deutscher Entwicklungshilfe wie GTZ, KfW und Brüssel. Auf Schritt und Tritt werden einem dann diese Vorurteile in der einen oder anderen Form bestätigt. Da gibt es ein offizielles Gutachten der bestellten Treuarbeit zur Frage der besseren Koordination zwischen TZ und FZ. Man muß schon genau zwischen den Zeilen lesen, um die vernichtende Kritik der Gutachten über die bisherige, offensichtlich mangelhafte Koordination zwischen TZ und FZ nicht zu überhören. Erst bei genauem Nachfragen innerhalb der gescholtenen Durchführungsorganisationen erfährt man, daß dieses Problem schon etliche Jahre bekannt ist. Diplomatisch formuliert: „als Durchführungsorganisationen sind uns die Hände gebunden“. Die Problemlösung soll erst jetzt verstärkt angegangen werden.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn
Postfach 12 04 08, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verwendet Umwelt
druckereien Rohstoffe
aus 100% Papier



Da gibt es eine vernichtende Kritik des Europäischen Rechnungshofes an der Europäischen Entwicklungspolitik (zu wenig transparent, zu wenig koordiniert, zu wenig erfolgreich). Wenn man dies, wie ich es getan habe, parlamentarisch aufgreift, erhält man Prügel von seinen europäischen Kollegen wegen "Nastbeschmutzung". Gleichzeitig formuliert der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Europäischen Parlaments seine Vorstellungen einer effektiveren Entwicklungszusammenarbeit und übernimmt exakt bis ins einzelne die Forderungen, welche auch der Europäische Rechnungshof als Konsequenzen aus seinen Recherchen zieht. Bisher ist nicht bekannt geworden, in welcher Form die Kommission in Brüssel hieraus praktische Konsequenzen zu ziehen gedenkt.

Ein weiteres Beispiel: Seit vielen Jahren steht die Strukturanpassungspolitik von Weltbank (WB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) in der öffentlichen Kritik, vor allem von Kirchen und Nichtregierungsorganisationen. Das rührte lange Zeit niemanden. Dann faßt sich das Europäische Parlament ein Herz und formuliert 1992 eine vernichtende Kritik an der Strukturanpassungspolitik von Weltbank und IWF, nachzulesen in der Bundestags-Drucksache 12/2788 (10.6.92). Das Europäische Parlament stellt u.a. fest, "... daß die in den letzten Jahren von der IBRD(Weltbank) und dem IWF den Entwicklungsländern empfohlenen Strukturanpassungsmaßnahmen der 'ersten Generation' vor allem in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara praktisch fehlgeschlagen sind; ... daß der Grundsatz 'mehr Ausführen, weniger Einführen ... nur die Abhängigkeit der Entwicklungsländer von der Außenwelt verstärkt hat, ihre Monostruktur verschärft und sie dem Verfall der Rohstoffpreise preisgegeben hat; ... daß die ..betriebsmäßigen Strukturanpassungsmaßnahmen in der Regel erhebliche soziale Konflikte in den gefährdeten Entwicklungsländern ausgelöst haben, da sie die sozialen Auswirkungen der durchgeführten Wirtschaftspolitik völlig vernachlässigten ...". Die Kritikpunkte ließen sich seitenslang fortsetzen. Wann werden daraus die politischen Konsequenzen gezogen ?

Der vor einigen Monaten erschienene Weltbank-interne Evaluierungsbericht - als "Wapenhans-Bericht" bekannt - geht überraschend selbstkritisch mit der bisherigen Weltbank-Politik ins Gericht. Kernthese: der Kreditvergabe wird zu viel, dem konkreten Projektlauf zu wenig Beachtung geschenkt. Die Folge: von den im Jahre 1991 beendeten Projekten müssen 37,6 Prozent als Fehlschläge bezeichnet werden. Der Anteil der gescheiterten Projekte - so der Wapenhans-Bericht- ist in den letzten Jahren dramatisch gestiegen. Es bleibt zu hoffen, daß die Weltbank-Exekutivdirektoren die im Wapenhans-Bericht genannten Empfehlungen Schritt für Schritt umsetzen und in Zukunft statt der Erhöhung der Kreditzusagen und Auszahlungen die entwicklungspolitisch wirksame und nachhaltige Durchführung von Projekten in den Mittelpunkt der Arbeit der Weltbank gerückt wird.

Wenig für die Armen

Auch die Bundesregierung, die immerhin mit ca. 3,8 Mrd. DM jährlich an der Finanzierung der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit beteiligt ist, muß ebenso wie die EG praktische Konsequenzen aus den dargestellten Mißständen ziehen.

Ein weiterer Widerspruch: Nicht zuletzt durch die Erklärung der Deutschen Kommission Justitia et Pax "Gerechtigkeit für alle. Zur Grundlegung kirchlicher Entwicklungsarbeit" (1991) ist der interessierten Öffentlichkeit deutlich gemacht worden, daß die Armutsbekämpfung, die Armenorientierung als entwicklungspolitische Strategie von grundlegender Bedeutung in der Entwicklungszusammenarbeit ist. Armutsbekämpfung findet sich dementsprechend selbstverständlich in allen offiziellen Verlautbarungen des BMZ. Doch wenn man genauer hinsieht, erreichen nur 9,9 Prozent der 8,52 Milliarden DM deutscher Entwicklungshilfe (BMZ - Etat) wirklich die Armen.

Gleiches gilt für die Bedeutung der Bildung, ganze 10,6 Prozent werden für diesen entscheidenden Sektor ausgegeben. Förderung von Fraueninitiativen führen ein Schattendasein, obwohl die Bedeutung der Frauen für eine nachhaltige Entwicklung vor allem in den Least Developed Countries (LDC) völlig unbestritten ist. Aber solche nachhaltigen Projekte verschlingen im einzelnen eben nicht Millionenbeträge und nur Großprojekte mit häufig zweifelhafter Wirk-

samkeit erlauben einen kalkulierbaren schnellen Mittelabfluß. Die Perversität der Entwicklungszusammenarbeit ist offenkundig.

Der notwendige Politikdialog mit den Partnern vor Ort scheitert an fehlenden Reisekosten, weil der Finanzminister das BMZ mit der gleichen Elie mißt wie die übrigen Ministerien. Die Latte der Widersprüche ließe sich beliebig fortsetzen.

Noch mehr wird man allerdings überrascht, wenn man die Bundestagsdrucksache 9/1344 vom 11. Februar 1982 in Ruhe liest. Da hat der Bundestag vor über 10 Jahren offensichtlich einstimmig wichtige und richtige Grundsätze für eine nachhaltige Entwicklungspolitik formuliert. So wird "die Bekämpfung der absoluten Armut" als vorrangiges Ziel der deutschen Entwicklungspolitik bezeichnet; zu den prioritären Förderbereichen gehören "die ländliche Entwicklung, der Schutz der natürlichen Ressourcen und Programme der Bildung und Ausbildung." Als Hauptzielgruppe der deutschen Entwicklungszusammenarbeit werden "die ärmsten Bevölkerungsschichten" genannt, "Selbsthilfegruppen der armen Bevölkerung sind hierbei besonders zu berücksichtigen", ebenso Frauen als wichtige Träger der Entwicklung. Es sollen Bemühungen verstärkt werden, um "vom Einzelprojektsansatz zu integrierten Projektplanungen überzugehen"; auch die Konditionierung wurde 1982 schon gefordert, allerdings bezogen auf die Überprüfung des Instrumentariums "zur Förderung der Tätigkeit deutscher Unternehmen in den Entwicklungsländer auf seine entwicklungspolitische Wirksamkeit". So sollten zum Beispiel "eine stärkere entwicklungspolitische Konditionierung der Niederlassungskredite und eine Einordnung der Kapitalschutz - und Doppelbesteuerungsabkommen in die entwicklungspolitischen Zielsetzungen"...erwogen werden". (Alle Zitate aus BT-DS 9/1344.)

Vor über zehn Jahren wußte man also schon im Grundsatz, was zu tun gewesen wäre, um den Zustand zu vermeiden, den jetzt alle Entwicklungspolitiker lautstark beklagen. Da bleibt einem doch die Spucke weg. Wir wissen das Richtige und lassen es zu, daß unvermindert das Falsche getan wird und das seit mehr als zehn Jahren!

Bleibt die Frage: Was muß sich in der Politik ändern, um zu verhindern, daß im Jahr 2003 die gleichen Fragen gestellt werden? Aus meiner Sicht sind Änderungen auf zwei Ebenen erforderlich: in der Exekutive und in der Legislative.

"Projektitis" bindet Personal-Ressourcen

Es darf bezweifelt werden, ob das BMZ in seiner jetzigen Struktur seine Aufgaben im Sinne von nachhaltiger Entwicklungspolitik richtig wahrnimmt, geschweige denn umsetzt. Ein BMZ, welches seine personellen Ressourcen weitgehend durch "Projektitis" (Zitat Professor Dr. Nuscheler in der AwZ -Anhörung vom 11. Dezember 1991) blockieren läßt, hat seine wesentlichen Management-Aufgaben nicht verstanden.

Diese sind: Setzung von länderspezifischen Zielvorgaben, Koordination von bilateraler und multilateraler Hilfe im personellen, finanziellen und technischem Bereich und Sicherstellung von externer Nachhaltigkeitskontrolle. Warum beauftragt man nicht Institutionen wie zum Beispiel das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) mit einer derartigen, systematischen Evaluation. Auf diese Weise hätte man wenigstens eine Chance, daß Entwicklungszusammenarbeit vom Ansatz her zukünftig erfolgreicher strukturiert wird.

In der Exekutive, das heißt in der Bundesregierung muß Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe verstanden und umgesetzt werden. Das bedeutet natürlich Abstimmungsbedarf - notfalls auch Konfliktbereitschaft- zwischen den Ministerien: Außen, Innen, Finanzen, Wirtschaft, Landwirtschaft und natürlich Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Kabinettsentscheidungen jeglicher Art müßten vom BMZ systematisch auf Ihre Entwicklungsverträglichkeit überprüft werden.

"Strukturanpassung im Norden" als wichtigste Voraussetzung für eine sinnvolle EINE-WELT-Politik setzt in den demokratisch verfaßten Ländern eine ausreichende Lobby voraus. Die vielen existierenden Nord-Süd-Initiativen - auch die "unbequemen" wie die im Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) zusammengefaßten Initiativen - sind hier ein

hervorragender Ansatzpunkt. Man müßte allerdings so souverän sein, auch seine eigene Kritiker zu fördern. Denn nur diese Initiativen sind in der Lage, die notwendige Bewußtseinsänderung bei deutschen WählerInnen zu initiieren.

Entscheidendes müßte sich allerdings auch in der Legislative ändern. Es kann doch nicht angehen, daß der Bundestag auf der einen Seite einstimmig Richtiges beschließt und auf der anderen Seite grundsätzliche Abweichungen schweigend zur Kenntnis nimmt. Damit wird aber deutlich, daß es sich hier nicht primär um eine Frage von roter oder schwarzer Parteipolitik handelt, sondern mehr um die Frage, ob und wie ernsthaft die Legislative von ihren Grundrechten Gebrauch zu machen gedenkt. Das allerdings würde voraussetzen, daß die Parlamentarier der Regierungskoalitionen die Loyalität in der Sache und den Anspruch des Parlamentarismus höher stellen als die Loyalität zu ihren eigenen Ministern. Auch das ist kein schwarzes oder rotes Problem, wie sich an parlamentarischen Entscheidungen vor 1982 leicht nachweisen lassen dürfte: viele - heute beklagte - "Sünden" der Entwicklungspolitik wurden schließlich zu sozial-liberaler Zeit begangen.

NRO-Vertreter haben einmal formuliert, daß Wichtigste, was nachhaltige Entwicklungspolitik benötigt, ist Wahrhaftigkeit. Dies gilt zuallererst für uns Parlamentarier. Bei den beiden großen Volksparteien wird kaum jemand Bundestagsabgeordneter, der sich nicht erfolgreich langjährig in der Parteilarbeit engagiert hat, sich durch berufliche und fachpolitische Qualifikationen ausweist und in der Regel eine Fremdsprache spricht. Warum sollte in Zukunft nicht auch das Kriterium hinzukommen "praktische Erfahrungen in der Nord-Süd-Zusammenarbeit" (und sei es nur in Form einer zweiwöchigen Teilnahme an den Exposure-Programmen der Kirchen quasi als Fortbildung). Das wäre eine gute Voraussetzung für die geforderte Wahrhaftigkeit und den Gestaltungswillen. Erst dann würden der Bundestag und die Bundesregierung nicht länger das Falsche tun und das Richtige unterlassen.

(-/22. Oktober 1993/rs/ks)

Ein weiterer Beleg für das Desaster der Atomwirtschaft **Zur Verklappung radioaktiver Stoffe aus Rußland im Japanischen Meer**

Von Siegrun Klemmer MdB

Mitglied im Bundestags-Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Nachdem letztes Wochenende Rußland 900 Kubikmeter flüssiger Rückstände aus U-Boot-Kernreaktoren in das Japanische Meer gekippt hat, wurde auf weltweiten Protest hin vorerst die weitere Verklappung gestoppt.

Die Verklappung von radioaktiven Stoffen in sensible aquatische Ökosysteme ist ein Skandal, der unter allen Umständen unterbunden werden muß. Verhindert werden können zukünftig solche Katastrophen jedoch nur, wenn sich alle Atomindustrialationen ihrer Mitverantwortung bewußt werden und bereit sind, neue Wege in der Energiepolitik einzuschlagen.

Die Bundesregierung und die Atomlobby sind nach wie vor an gewinnträchtigen Geschäften mit den ehemaligen Staaten der Sowjetunion interessiert. Die westliche finanzielle Unterstützung konzentriert sich darauf, abrißreife Schrottreaktoren nachzurüsten und veraltete Technologien zu exportieren. Die Gefahren, die von der ungeheuer breit gefächerten Nutzung der Atomenergie in den ehemaligen Staaten der Sowjetunion ausgehen, werden immer noch ignoriert.

Der Skandal der russischen Atommüllverklappung kommt scheinbar gerade recht, denn er lenkt von den Problemen und von der Sackgasse ab, in der sich die Atomindustrie weltweit befindet. Übersehen werden darf dabei nicht, daß das Problem der Endlagerung radioaktiver Stoffe in keinem Staat der Welt gelöst ist und sich so dramatisch nur in einem finanziell bankrotten Staat zeigt. Die Entsorgung ist das letzte Glied in der verhängnisvollen Kette der Atomwirtschaft, die beim Uranabbau beginnt und sich über die friedliche und militärische Nutzung der Kernenergie fortsetzt. Über die Nutzung der Kernenergie darf künftig nur im Zusammenhang mit der Entsorgung diskutiert werden. Dann zeigt sich, daß auch neue angeblich sichere Reaktoren die Gefahren, die von der Atomwirtschaft für Mensch und Umwelt ausgehen, nicht mindern werden.

Ich fordere daher die Bundesregierung nochmals auf, die Politik der atomaren Wiederaufrüstung der russischen Energiewirtschaft zu beenden und finanzielle Mittel bereitzustellen, die die Ausnutzung der natürlichen Ressourcen, die Ausschöpfung der Energieeinsparpotentiale und energiesparende Techniken fördern.

(-/22. Oktober 1993/rs/ks)

Burundi drohen Terror und Diktatur

Militäre versuchen in dem afrikanischen Land die Demokratisierungsbemühungen zu ersticken

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Die SPD verurteilt scharf den Militärputsch in Burundi.

Gestern wurde der erste demokratisch gewählte und zivile Präsident Burundis, Melchior Ndadaye, verhaftet und verschleppt. Ndadaye ist der erste Präsident Burundis, der dem Stamm der Hutus angehört. Er war vor nur knapp vier Monaten nach demokratischen Wahlen im Juni 1994 mit überwältigender Mehrheit zum Präsidenten gewählt worden. Auch andere Mitglieder der demokratischen Regierung wurden von den Putschisten festgenommen. Es handelt sich hierbei unter anderen auch um den Parlamentspräsidenten Pontien Karibwaori, den Außenminister Sylvestre Ntibantunganya, den Innenminister Juvenal Ndayikeza und den Sicherheitsminister Richard Ndikumwacu. Alle gehören dem Volk der Hutus an.

Das Schicksal der Verschleppten ist bisher noch ungewiß. Nach neuesten Meldungen aus dem Nachbarstaat Ruanda sind Präsident Ndadaye und die anderen Entführten von den Militärputschisten hingerichtet worden. Die Armee Burundis wird von der Volksgruppe der Tutsi, einer kleinen Herrscherkaste, die 13 Prozent der Bevölkerung stellt, dominiert. Es ist anzunehmen, daß Anhänger des ehemaligen Militärdiktators Jean-Baptiste Bagaza den Putsch initiiert haben, also Bagaza für den Putsch verantwortlich ist. Bagaza selbst war im September 1987 durch einen Putsch gestürzt worden. Nach sechsjährigem Exil kehrte er im Juli 1993 wieder nach Burundi zurück.

Die neuen Militärmachthaber setzten ein sogenanntes "Nationales Rettungskomitee" ein, das sich aus Mitgliedern der Armee, politischer Parteien, Menschenrechtsgruppen und der Kirche

zusammensetzen soll. Den Vorsitz hat nach Presseberichten der frühere Innenminister der ehemaligen Militärregierung, Pierre Buyoya.

Das "Nationale Rettungskomitee" hat eine nächtliche Ausgangssperre verhängt und Versammlungen jeder Art verboten. Alle Grenzübergänge, der Flughafen und der Hafen sind gesperrt - es herrscht der Ausnahmezustand in Burundi. Demonstrationen für den demokratischen Präsidenten Ndadaye wurden blutig niedergeschlagen.

Der Militärputsch ist eine schwerwiegende Unterbrechung des bisher überraschend gut verlaufenen Demokratisierungsprozesses in Burundi. Es drohen jetzt Völkermord und Massaker an der Mehrheit der Hutu-Bevölkerung durch die Tutsi-Minderheit - ein Rückfall in die alten diktatorischen Zeiten Burundis.

Der Streit der Ethnien

Burundi ist seit seiner Unabhängigkeit im Jahre 1962 geprägt von dem oft blutigen Kampf zwischen den beiden Ethnien Hutu und Tutsi. Die Mehrheit der Hutu (sie umfassen etwa 85 Prozent der Bevölkerung) wurde von den Tutsi unterdrückt. Gegen diese Unterdrückung haben sich die Hutu ständig gewehrt, was wiederum die Gewalt der von den Tutsi beherrschten Armee zur Folge hatte. Ein ständiger Kreislauf der Gewalt. Seit 1972 sind unter wechselnden Tutsi-Diktatoren schätzungsweise 500.000 Hutus ermordet worden.

Diesen Kreislauf der Gewalt schienen die demokratischen Wahlen im Juni 1994 durchbrochen zu haben. Melchior Ndadaye war der erste zivile Präsident Burundis und er war der erste Präsident, der dem Stamm der Hutu angehörte. Seine Wahl zum Präsidenten war ein Zeichen der Hoffnung für eine demokratische Entwicklung des zentralafrikanischen Landes.

Doch diese Hoffnungen wurden durch den Militärputsch zunächst blutig zunichte gemacht. Die junge Demokratie Burundis war noch nicht stark genug, um dem undemokratischen Machtwillen der Tutsi-Diktatoren standzuhalten. Neben der Armee beherrscht die Tutsi-Minderheit auch die Wirtschaft Burundis.

Die Bundesrepublik Deutschland ist gefordert, die demokratischen Kräfte in Burundi zu unterstützen. Die Wirtschaftshilfe an Burundi muß eingestellt werden, bis wieder eine demokratische Ordnung in dem Land hergestellt ist. Dies haben die USA bereits getan. Diesem Beispiel muß die Bundesregierung umgehend folgen. Auch Frankreich will die Entwicklungshilfe für Burundi stoppen.

Den Militärputschisten muß deutlich gemacht werden, daß sie auf keinerlei Unterstützung von außen hoffen können.

Innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft muß die Bundesregierung sich für die Hilfe und Unterstützung der demokratischen Kräfte in Burundi einsetzen. Die demokratisch gewählten Repräsentanten Burundis müssen wieder in ihre Ämter eingesetzt werden und die Armee muß in die Kasernen zurückkehren. Ansonsten hat die Demokratie in Burundi, hat Burundi keine Chance.

(-/22. Oktober 1993/rs/ks)
